

Zukunft des Sozialtickets in Gefahr

SPD, Sozial- und Wohlfahrtsverbände befürchten, dass das Land keinen Zuschuss mehr zahlen will. Damit nähme die Ausgrenzung Bedürftiger zu

Von Wolfgang Laufs

Ob Empfänger von Sozialhilfe oder Grundsicherung, ob HartzIV-Bezieher, Aufstocker oder Wohngeldberechtigter: Wer eh schon sparsam mit seinem Geld umgehen muss, darf jetzt noch tiefer in die Tasche greifen. Außerplanmäßig und überdurchschnittlich erhöht der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr den Preis für das Sozialticket. Ab 1. Oktober müssen VRR-Kunden für Fahrten in Gelsenkirchen dafür 37,80 Euro im Monat bezahlen. Das entspricht einer Steigerung um 6,3 Prozent. Die Preise für die anderen Fahrausweise steigen im Schnitt um 1,9 Prozent – und das erst am 1. Januar 2018.

„Im Koalitionsvertrag wurde das Sozialticket mit keinem Wort erwähnt.“

Axel Barton (SPD) sieht schwarz für die Zukunft des Sozialtickets.

Gegen diese Preisentwicklung regt sich in Gelsenkirchen Widerstand. Vor allem aber sehen Axel Barton, SPD-Stadtvordneter aus Buer und Mitglied der VRR-Verbandsversammlung, seine Stadtverordnetenkollegin Silke Ossowski als stellvertretende Vorsitzende des Awo-Kreisvorstands und Dieter Harwardt, Vorsitzender des So-



Das Sozialticket ermöglicht Fahrten mit Bahnen und Bussen zu einem stark rabattierten Preis. In Gelsenkirchen machen davon mehrere tausend VRR-Kunden Gebrauch, Tendenz steigend.

FOTOS: JOACHIM KLEINE-BÜNING

zialverbandes Gelsenkirchen/Bototrop, die Gefahr, dass das stark rabattierte Sozialticket vor dem Aussteht, sollte das Land die aktuelle Förderung von 40 Millionen Euro zum Jahresende einstellen. „Wie es aussieht, will die neue Landesregierung das Sozialticket überhaupt nicht mehr fördern. Im Koalitionsvertrag wurde das Sozialticket mit

keinem Wort erwähnt“, schimpft Axel Barton. Würde das Sozialticket ab 2018 nicht mehr gefördert und deshalb eingestellt, seien bei landesweit rund 180 000 Nutzern damit für die Verkehrsbetriebe erhebliche Mindereinnahmen verbunden. Für bedürftige Nahverkehrskunden gerate dadurch der „Grundanspruch auf Mobilität“ in

Gefahr, ergänzt Silke Ossowski: „Die Fahrt zum nächsten Aldi, zum Arzt oder zum Tanznachmittag könnten sich dann viele nicht mehr leisten. Damit nähme die soziale Ausgrenzung weiter zu.“ Zusammen mit Silke Ossowski fordert Dieter Harwardt dazu auf, den Druck auf die Landesregierung zu erhöhen. „So wie damals, als unser Verband für die Einführung des Sozialtickets gekämpft hat“, erinnert sich Harwardt.

Weil steigende Nutzerzahlen gleichbedeutend seien mit einem steigenden Zuschussbedarf, sei es finanzschwachen Städten wie Gelsenkirchen nicht zuzumuten, diese Förderung ersatzweise zu übernehmen. Deshalb richtet sich der Appell von Barton, Ossowski und Harwardt ausdrücklich an die Landesregierung. Und an Sascha Kurth, den Gelsenkirchener CDU-Vertreter in der VRR-Verbandsversammlung, sowie – wegen seiner guten politischen Kontakte – auch an den CDU-Kreisvorsitzenden Oliver Wittke.



Sie setzen sich für die Beibehaltung des Sozialtickets ein: Silke Ossowski (Awo), Dieter Harwardt (Sozialverband) und Axel Barton (SPD, re.).

Zahl der Nutzer steigt stetig an

■ **Nach zähem politischem Ringen** wurde das Sozialticket im Oktober 2011 bei der Bogestra eingeführt. Zu Beginn nutzten 1145 Gelsenkirchener diese besondere Monatskarte, 2015 stieg diese Zahl dann auf über 4800 an.

■ **Um das Sozialticket zu finanzieren**, schoss die Landesregierung zunächst 17, zuletzt 40 Millionen Euro zu.